

1 Positionierung zur aktuellen Situation in Kolumbien

13. Juni 2021 | Beschluss Nr. 06

5 Folgende Positionierung wird zur aktuellen sozialpolitischen und menschen-
6 rechtlichen Situation in Kolumbien veröffentlicht:

7 In den letzten Jahren beobachten wir mit Sorgen die Entwicklung in Kolumbien.

8 Die Friedensverhandlungen unter dem ehemaligen Präsident Santos und das da-
9 raus resultierende Friedensabkommen aus dem Jahr 2016 ließen uns neue Hoff-
10 nungen für Kolumbien schöpfen. Nach über 50 Jahren innerkolumbianischem,
11 bewaffnetem Konflikt zwischen der Regierung, Paramilitärs und Guerilla-Grup-
12 pen wurden im Friedensabkommen Regelungen in Bezug auf die gerechte Land-
13 verteilung, Soziale Gerechtigkeit und Versöhnung getroffen.

14 Während der Friedensverhandlungen zwischen 2012 und 2016 ist die Gewalt in
15 Kolumbien, besonders auch gegen Sozialaktivist*innen, zurückgegangen.

16 Seit der Wahl Duques zum Präsidenten im Jahr 2018 verschlechterte sich die so-
17 zialpolitische Situation im Land jedoch drastisch. Duque lehnte das Friedensab-
18 kommen schon vor seiner Wahl ab.

19 Seit er im Amt ist, wird die Umsetzung verzögert und Beschlüsse des Abkom-
20 mens systematisch nicht eingehalten. Vor allem der Schutz der Ex-Guerilleros
21 der ehemaligen Guerilla-Gruppe FARC-EP¹ ist nicht gewährleistet. Allein
22 im Jahr 2020 wurden 64 und im laufenden Jahr 2021 bereits 23 ehemalige
23 FARC-EP Kommandeure, die das Friedensabkommen unterzeichnet hatten, er-
24 mordet².

25 Seit 2018 haben auch die Bedrohungen gegen Sozial- und Umweltaktivist*innen
26 stark zugenommen und die Anzahl der ermordeten Aktivist*innen nimmt weiter
27 zu: 298 (2018), 279 (2019), 310 (2020)³.

28 Bereits Ende 2019 kam es zu großen Massenprotesten gegen die Politik von Du-
29 que und für die Einhaltung des Friedensabkommens, Schutz für Aktivist*innen,
30 aber auch gegen Soziale Ungerechtigkeit und die allgegenwärtige Korruption⁴
31 (Platz 92 im Korruptionswahrnehmungsindex).

32 Diese Massenproteste fanden im März 2020 ein Ende, nicht zuletzt wegen der
33 aufkommenden Corona-Pandemie. Anstöße und Veränderungen in der Sozialpo-
34 litik durch die Proteste konnten jedoch leider nicht erreicht werden⁵.

¹ FARC-EP: Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia-Ejército del Pueblo (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens - Armee des Volkes) war bis zur Auflösung 2016 die größte Guerilla Gruppe in Kolumbien.

² <http://www.indepaz.org.co/wp-content/uploads/2020/07/3.-Informe-Especial-Asesinato-lideres-sociales-Nov2016-Jul2020-Indepaz-2.pdf>

³ Ebd.

⁴ <https://www.transparency.de/cpi/cpi-2020/cpi-2020-tabellarische-rangliste/>

⁵ <https://www.aa.com.tr/es/pol%C3%ADtica/gobierno-colombiano-y-comit%C3%A9-nacional-de-paro-no-llegaron-a-ning%C3%BAn-acuerdo/1732518#>

1 Seit dieser Zeit stellt die Pandemie viele Kolumbianer*innen vor extreme alltäg-
2 liche Herausforderungen: Etwa die Hälfte der kolumbianischen Bevölkerung ar-
3 beitet im sogenannten informellen Arbeitssektor⁶, der aufgrund der Pandemie
4 und den Eindämmungsmaßnahmen extrem eingeschränkt ist.

5 Die ökonomische Lage vieler Menschen ist prekär und hat essentielle Auswirkun-
6 gen auf ihre Lebensrealität. Der Anteil jener, die extrem von Armut betroffen
7 sind, ist enorm⁷. Jugendarbeitslosigkeit, schlechte Bildungschancen und die Pri-
8 vatisierung des Bildungssektors benachteiligen besonders die jungen Generatio-
9 nen Kolumbiens.

10 Es fehlt an staatlichen Hilfen, um die fehlenden Löhne zu kompensieren, an Un-
11 terstützungsprogrammen in Bereichen der Bildung und Familienbegleitung, Digi-
12 talisierung und Gesundheit.

13 Vor diesem Hintergrund gehen seit dem 28. April 2021 in Kolumbien wieder
14 Menschen auf die Straße. Darunter sind vor allem Jugendliche und junge Er-
15 wachsene, um ihrer Unzufriedenheit mit der aktuellen politischen, ökonomi-
16 schen und sozialen Situation Ausdruck zu verleihen.

17 Der konkrete Auslöser für diesen Generalstreik war die Reform des Steuer-
18 rechts, welche die ökonomische Benachteiligung besonders vulnerabler Bevöl-
19 kerungsgruppen noch weiter verstärkt hätte. Diese Steuerreform wurde zwar
20 mittlerweile zurückgezogen, doch die Proteste halten an.

21 Die Gründe sind zahlreich: Wie oben dargestellt, ist die ökonomische und sozi-
22 ale Situation vieler Kolumbianer*innen durch die Corona-Pandemie zunehmend
23 prekär. Kritisiert wird auch die neu angekündigte Gesundheitsreform, welche
24 den Zugang zur Gesundheitsversorgung für den Großteil der Bevölkerung ver-
25 schlechert und einer Privatisierung des Gesundheitssystems gleich kommt. Vor-
26 sorgemaßnahmen, gesundheitliche Aufklärung sowie das ganzheitliche Ver-
27 ständnis von Gesundheit werden abgeschafft.

28 Stattdessen steht ausschließlich die akute Behandlung von Krankheiten im Vor-
29 dergrund. Auch die bereits erwähnten Verstöße gegen das Friedensabkommen
30 von 2016, die anhaltende Ermordung von Menschenrechts-, Sozial- und Umwelt-
31 aktiv*innen und Polizeigewalt gegen Zivilist*innen sowie die im Zuge der Pro-
32 teste begonnene Militarisierung der Städte tragen dazu bei, dass der General-
33 streik fortgesetzt wird. Dadurch sind, neben den ohnehin bewaffneten Poli-
34 zist*innen, auch Soldat*innen mit Kriegswaffen und Panzern während den Pro-
35 testen präsent.

36 Bei den anhaltenden Protesten kommt es zu gravierenden Menschenrechtsver-
37 letzungen gegen Demonstrant*innen durch die Polizei und das Militär. Dabei
38 wurden zwischen dem 28. April und dem 7. Mai mindestens 47 Menschen getö-
39 tet und viele willkürlich verletzt.⁸ Es wurden über 500 Personen verschleppt

⁶ Unter den informellen Arbeitssektor fallen Tätigkeiten, die nicht in offiziellen Statistiken er-
fasst werden. Hauptsächlich in der Herstellung und der Verkauf von Produkten auf lokalen Märk-
ten sowie einfache Dienstleistungen.

⁷ <https://www.indexmundi.com/g/r.aspx?c=co&t=69&l=de>

⁸ <http://www.indepaz.org.co/cifras-de-violencia-policia-en-el-paro-nacional>

1 und beinahe 1000 verhaftet.⁹ Ihre Aufenthaltsorte sind weiterhin unbekannt.
2 Auch sind 12 Fälle sexualisierter Gewalt gegen Frauen während der Proteste do-
3 kumentiert.¹⁰

4 Diese Ereignisse werden durch die aktuelle Regierung nicht verurteilt. Sie redu-
5 ziert die Proteste auf Vandalismus und bezeichnet die Protestierenden unter
6 anderem als“Stadt-Terroristen”.¹¹ Dadurch wird das menschenverachtende Vor-
7 gehen durch die Polizei und das Militär zusätzlich bestärkt.

8 Wir verurteilen die Gewalt gegen Demonstrant*innen und fordern ihre lücken-
9 lose Aufklärung. Wir unterstützen die Forderungen der Protestbewegung:¹²

- 10 1. Die Rücknahme des Entwurfs zur Gesundheitsreform und die Be-
11 schleunigung des Impfprozesses.
- 12 2. Bedingungslose Grundsicherung in der Mindesthöhe des gesetzlich ge-
13 regelten Mindestlohnes.
- 14 3. Schutz der regionalen Produktion (landwirtschaftlich, gewerblich,
15 handwerklich, kleinbäuerlich). Subventionen für Kleinstunternehmen
16 sowie eine Politik für Ernährungssouveränität und -sicherheit.
- 17 4. Erlass der Studiengebühren für Studierende aus Familien mit niedri-
18 gem Einkommen und Stopp der Umstrukturierung des Bildungssek-
19 tors.
- 20 5. Gegen die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, sexueller Ori-
21 entierung und ethnischer Herkunft.
- 22 6. Stopp der zunehmenden Privatisierungen und Rücknahme der Ar-
23 beitsmarktreform (Dekret 1174).
- 24 7. Stopp des Einsatzes von Glyphosat im Kampf gegen den illegalen Dro-
25 genanbau, da Umweltschäden und gesundheitliche Schäden für Men-
26 schen.¹³

27 Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	39
Nein-Stimmen	keine
Enthaltungen	1
Bei 0 Gegenstimmen und 1 Enthaltung ist der Antrag angenommen.	

28

⁹ Ebd.

¹⁰ Ebd.

¹¹ <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/kolumbien-proteste-115.html>

¹² https://colombia.as.com/colombia/2021/05/08/actualidad/1620505980_170906.html

¹³ <https://www.dw.com/de/kolumbien-will-wieder-glyphosat-aus-der-luft-zur-koka-bekämpfung-einsetzen/a-52659272>